

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Tagesordnungspunkt

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	
<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Datum: 23.01.2018

Dringlichkeitsantrag

Antragsteller	Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bearbeiter:	
Telefon:	0385/545-2957

Drucksache Nr.

--

Beratung und Beschlussfassung im

Fachausschuss für

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Finanzen und Rechnungsprüfung | <input type="checkbox"/> Hauptausschuss | <input type="checkbox"/> Stadtvertretung |
| <input type="checkbox"/> Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung | | |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften | | |
| <input type="checkbox"/> Soziales und Wohnen | | |
| <input type="checkbox"/> Kultur, Sport und Schule | | |
| <input type="checkbox"/> Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen | | |
| <input type="checkbox"/> | | |

Beschluss am:		
---------------	--	--

Betreff

Verbot unabgesprochener politischer Meinungsäußerungen für Beschäftigte des Mecklenburgischen Staatstheaters

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, das Schreiben des Intendanten des Mecklenburgischen Staatstheaters mit dem Titel „unabgesprochene politische Äußerungen“ vom 18.01.2018 zu bewerten. Darüber hinaus soll er die Stadtvertretung darüber in Kenntnis setzen, ob und ggf. wie die Landeshauptstadt Schwerin als Mitgesellschafterin mit diesem Sachverhalt umzugehen gedenkt und inwieweit sie gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern des Mecklenburgischen Staatstheaters auf die Rücknahme der Untersagung unabgesprochener politischer Meinungsäußerungen drängen wird.

Begründung

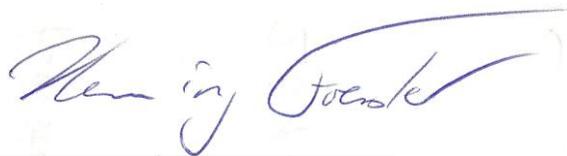
Am 18.01.2018 wurden die Beschäftigten des Mecklenburgischen Staatstheaters durch ein Schreiben des Intendanten dazu aufgefordert, „unabgesprochene politische Meinungsäußerungen“ künftig zu unterlassen. Dabei wurde Bezug auf das Hausrecht des Geschäftsführers und Intendanten genommen. Für den Fall der Nichtbeachtung wurde darauf hingewiesen, dass dies einen Verstoß gegen arbeitsvertragliche Pflichten bedeute. Grund für dieses Schreiben seien „erhebliche Schwierigkeiten“ derartige Meinungsäußerungen gegenüber Sponsoren, Trägern und Partnern wieder „gerade zu rücken“. Die BILD Zeitung titelte dazu in ihrer Ausgabe vom 23.01.2018 „Intendant verpasste Darstellern Maulkorb“. Aus Sicht der Antragstellerin ist ein solches Vorgehen, noch dazu an einem Theater inakzeptabel. Die Kunstfreiheit, die dem Schutz künstlerischer Ausdrucksformen dient, ist nicht umsonst eines der am stärksten geschützten Grundrechte.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:



Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

gez. Cornelia Nagel
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN